



Mittwoch, 17. Februar 2021 11h45

MEDIENMITTEILUNG

JA ZU MEHR KUNSTSTOFFRECYCLING ABER OHNE NEUE ABGABEN

Die ständerätliche Umweltkommission spricht sich für mehr Recycling und eine schweizweite Sammlung von Kunststoffabfällen aus. Sie lehnt jedoch eine Steuer auf Verpackungen von Getränken und Reinigungsmittel ab. Lösungen für mehr Recycling sollen in Zusammenarbeit mit Detailhändlern und Privaten entlang der Wertschöpfungskette gefunden werden.

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) befürwortet eine schweizweit koordinierte und flächendeckende Sammlung von Kunststoffabfällen. Einstimmig empfiehlt sie die Motion «Förderung der Kreislaufwirtschaft – Die Schweiz soll mehr Plastik rezyklieren» (**20.3695**) zur Annahme. Die Kommission will damit mehr Recycling von Kunststoff in der

Schweiz erreichen. Als Vorbild dient die Separatsammlung für das Recycling von PET-Flaschen, bei der die Schweiz im internationalen Vergleich eine sehr hohe Quote erreicht.

Ein zweiter Vorstoss zum Thema Kunststoffrecycling, die Motion **20.3940** der UREK-N, lehnt die Kommission mit 9 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Diese Motion will eine Steuer auf Produkte einführen, deren Verpackung weniger als 25 Prozent Kunststoff-Rezyklat enthält. Ziel dieser Massnahme wäre es, den Anteil an verwendetem Rezyklat zu erhöhen. Die Kommission unterstützt grundsätzlich die Zielsetzung der Motion. Sie sieht viel Potenzial in der Kreislaufwirtschaft und begrüsst innovative Massnahmen. Allerdings zweifelt die Kommission daran, dass sich die vorgeschlagenen Methoden eignen, um die Wiederverwertungsquote von Kunststoff praktikabel und effizient zu erhöhen. Vor allem beurteilt die Kommission den beträchtlichen administrativen Aufwand kritisch, der mit einer neuen Steuer oder Lenkungsabgabe einhergehen würde. Nach Ansicht der Kommission sollen Lösungen für mehr Recycling zunächst in Zusammenarbeit mit Detailhändlern und Privaten entlang der Wertschöpfungskette gefunden werden. Zudem stellt die Kommission fest, dass eine Steuer für Kunststoffverpackungen bei Getränken und Reinigungsmittel eine Einzelmassnahme wäre, die nicht in ein Gesamtkonzept eingebettete wäre. Im Wissen darum, dass ihre Schwesterkommission auch im Rahmen der parlamentarischen Initiative **20.433** an einem Gesamtpaket zum Thema Recycling arbeitet, will sie die Resultate dieser Arbeiten abzuwarten, bevor sie neue Regulierungen anstösst.

Schliesslich hat die Kommission eine Petition für die Einführung eines obligatorischen Pfands auf allen Getränkeflaschen und -dosen diskutiert (

19.2027

). Die Kommission stellt fest, dass der Bundesrat bereits heute ein Pfand einführen könnte, sollte die Verwertungsquote von Getränkeverpackungen aus Aluminium, PET oder Glas unter 75 Prozent liegen. Sie gab der Petition einstimmig keine Folge.

INSEKTENSCHWUND AUFHALTEN

Die Kommission spricht sich einstimmig für die Motion «Das Insektensterben bekämpfen» (**20.3010**

) aus. Der Vorstoss stammt aus der Feder der UREK-N und verlangt Massnahmen, um dem Insektenschwund entgegenzuwirken. Der Rückgang der Insektenpopulationen ist in der Schweiz beträchtlich. Deshalb stellt die Kommission Handlungsbedarf fest. Sie betont, Insekten seien zentral für funktionierende Ökosysteme. Mit der nationalrätlichen Motion sollen die verschiedenen Ursachen für das Insektensterben angegangen werden. Die Kommission unterstützt es insbesondere, dass die Motion eine Gewichtung der Massnahmen entsprechend ihrer Praktikabilität und Wirksamkeit fordert. Aus ihrer Sicht ist es zentral, dass bei der Umsetzung der Motion eine interdisziplinäre Gesamtbetrachtung vorgenommen wird, die die verschiedenen Zusammenhänge berücksichtigt. So sollen die effizientesten Massnahmen gegen das Insektensterben erkannt und prioritär verfolgt werden können.

TRINKWASSERSCHUTZ

Mit 8 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung lehnt die Kommission die parlamentarische Initiative

19.430 ab. Diese verlangt, den Einsatz von Pestiziden zu verbieten, falls sie die Wasserqualität stark beeinträchtigen. Die Kommission anerkennt Handlungsbedarf beim Gewässerschutz, bevorzugt aber einen anderen, schnelleren Weg: die von der WAK-S lancierte parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» (**19.475**). Die entsprechende Vorlage ist bereits in der Differenzvereinbarung, was eine rasche Umsetzung wahrscheinlich macht. Gemäss Vorlage soll der Bund künftig die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln entziehen können, wenn Grenzwerte wiederholt und verbreitet überschritten werden. Damit erfüllt die Vorlage das Hauptanliegen der parlamentarische Initiative **19.430**. Vor diesem Hintergrund ist die Kommission der Auffassung, die Initiative sei nicht weiterzuverfolgen.

Aus Sicht der Minderheit sind die bisherigen Beratungen zur WAK-Initiative keine Garantie, dass das Parlament die Ziele der parlamentarischen Initiative **19.430** am Ende tatsächlich erfüllt. Solange die Schlussabstimmung über die Vorlage zur WAK-Initiative noch ausstehe, sei es sinnvoll, an der Initiative **19.430** festzuhalten.

LENKUNGSABGABE IM FLUGVERKEHR

Die Kommission hat fünf Standesinitiativen vorgeprüft, die eine Flugticketabgabe fordern (**19.310**, **19.314**, **19.315**, **19.319**, **20.317**). Dieses Anliegen haben die Räte bereits in die Vorlage zum neuen CO₂-Gesetz (**17.071**) aufgenommen. Deshalb beantragt die Kommission ohne Gegenstimme, den Standesinitiativen keine Folge zu geben.

Die Kommission hat am 16. Februar 2021 unter dem Vorsitz von Ständerat Martin Schmid (FDP/GR) und teilweise in Anwesenheit von Bundesrätin Simonetta Sommaruga in Bern getagt.

AUTOR



UREK-S

Sekretariat der Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie

CH-3003 Bern

www.parlament.ch

urek.ceate@parl.admin.ch

AUSKÜNFTE



Schmid Martin

Kommissionspräsident

Tel. 079 619 60 16

Sébastien Rey

Kommissionssekretär

Tel. 058 322 97 34